

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Frau Bezirksbürgermeisterin
Michaela Di Padova
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 11.06.2026

Antrag:**Barrierefreie Erschließung des Bahnhofs Leverkusen-Manfort sicherstellen und zügige Umsetzung einfordern**

Die Bezirksvertretung im Bezirk I der Stadt Leverkusen beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Gegenüber der Deutschen Bahn sowie den zuständigen Projektverantwortlichen nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass die vollständige Barrierefreiheit am Bahnhof Leverkusen-Manfort schnellstmöglich hergestellt wird;
2. bei der Deutschen Bahn zu erfragen, welche baulichen, technischen oder organisatorischen Übergangslösungen bis zur endgültigen Umsetzung der Barrierefreiheit möglich sind und ob kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit des Mittelbahnsteigs realisiert werden können;
3. von der Deutschen Bahn einen verbindlichen Zeitplan für die vollständige barrierefreie Erschließung des Mittelbahnsteigs einzufordern und den Rat über die Ergebnisse zu informieren.
4. die Deutsche Bahn zu bitten, zeitnah einen gemeinsamen Ortstermin am Bahnhof Leverkusen-Manfort durchzuführen. An diesem Termin sollen Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksvertretung I, Mitglieder des Ausschusses für Bürgereingaben und Umwelt sowie des Beirates für Menschen mit Behinderungen beteiligt werden. Ziel des Ortstermins soll es sein, die bestehende Situation zu erörtern, mögliche Übergangslösungen zu bewerten und Perspektiven für eine schnellstmögliche Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit aufzuzeigen.

Begründung:

Der Bahnhof Leverkusen-Manfort sollte im Rahmen der laufenden Modernisierungsmaßnahmen barrierefrei ausgebaut werden. Nach den inzwischen bekannt gewordenen Informationen kann die ursprünglich vorgesehene Rampe zum Mittelbahnsteig jedoch nicht wie geplant realisiert werden, da sich der Zustand der bestehenden Personenunterführung anders darstellt als bei den bisherigen Planungen angenommen. Damit droht ein wesentlicher Bestandteil der angekündigten Barrierefreiheit auf unbestimmte Zeit verschoben zu werden.

Für viele Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies eine erhebliche Einschränkung. Betroffen sind insbesondere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Seniorinnen und Senioren, Eltern mit Kinderwagen sowie Reisende mit Gepäck. Ihnen wird weiterhin ein selbstständiger und uneingeschränkter Zugang zum Mittelbahnsteig erschwert. Gerade

bei Fragen der Barrierefreiheit ist es wichtig, die Erfahrungen und Perspektiven der betroffenen Menschen frühzeitig einzubeziehen. Ein gemeinsamer Ortstermin mit Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksvertretung I, den zuständigen Fachausschüssen, dem Beirat für Menschen mit Behinderungen sowie der Deutschen Bahn kann dazu beitragen, die bestehenden Herausforderungen transparent darzustellen und gemeinsam nach praktikablen Lösungen zu suchen. Eine solche Beteiligung stärkt die Akzeptanz der weiteren Planungen und stellt sicher, dass die tatsächlichen Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer angemessen berücksichtigt werden.

Barrierefreiheit ist kein Zusatzangebot, sondern eine grundlegende Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben. Eine lebenswerte und inklusive Stadt zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Infrastruktur von allen Menschen genutzt werden kann. Davon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern die gesamte Stadtgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse daran, schnell Klarheit über die weiteren Planungen zu erhalten. Gleichzeitig stellt sich die Frage, warum die nun bekannt gewordenen baulichen Schwierigkeiten nicht bereits im Rahmen der Voruntersuchungen erkannt werden konnten. Umso wichtiger ist es, dass die Deutsche Bahn nun transparent über das weitere Vorgehen informiert und eine belastbare Perspektive für die vollständige Herstellung der Barrierefreiheit aufzeigt.

Die Stadt Leverkusen kann die Deutsche Bahn nicht anweisen. Sie sollte jedoch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit Nachdruck vertreten und auf eine zeitnahe sowie praktikable Lösung dringen. Ziel muss bleiben, dass der Bahnhof Leverkusen-Manfort schnellstmöglich vollständig und dauerhaft barrierefrei nutzbar wird.

Jonas Berghaus
Stv. Fraktionsvorsitzender

Dirk Löb
Fraktionsvorsitzender